

8. Sitzung des Ausschusses für Finanzen der Handelskammer

Montag, 18. Oktober 2021,
von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Microsoft-Teams-Besprechung

Ergebnisprotokoll

Teilnehmer: Astrid Nissen-Schmidt (Vorsitzende), Wilfried Baur, Henning Brauer, Dr. Florian Brill, Christopher Franzen, Robert Heinemann, Stephan Lintzen

Für die Handelskammer:
Dr. Malte Heyne, Adrian Ulrich, Markus Kempa (Protokoll)

Tagesordnung

1. **Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 10. August 2021** (Beschluss)
2. **Sachstand zur HSBA** (Diskussion)
3. **HKBiS gGmbH - Hochrechnung 2021 und Mittelfristplanung** (Diskussion)
4. **Finanzsituation HWWI** (Diskussion)
5. **Wirtschaftsplanung 2022** (Beschluss)
 - a. **Zuschuss HWWI**
 - b. **Zuschuss Lebenslanges Lernen**
 - c. **Wirtschaftsplan 2022**
6. **Verschiedenes**

Zu TOP 1: Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 10. August 2021

Das Protokoll wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 2: Sachstand zur HSBA

Frau Nissen-Schmidt weist einleitend auf ihren Interessenkonflikt hin, den sie in ihren Funktionen als Vizepräsidentin und Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen auf der einen Seite und als Mitglied des Board of Governors der HSBA auf der anderen Seite habe.

Herr Ulrich erläutert den aktuellen Sachstand zur beabsichtigten Übernahme der HSBA, basierend auf dem Beschluss des Plenums von Mai 2021 und der ergänzenden Prämisse des Präsidiums vom 23. Juli, dass eine Übernahme nur dann erfolgen solle, wenn keine Zuschusspflicht zu erwarten sei. Die Handelskammer habe ein Gutachten bei der Sanierungsberatung

Beiten Burkhardt in Auftrag gegeben, das dem Ausschuss vorliegt. Vor dem Hintergrund dieses Gutachtens sehe das Präsidium den Erwerb der HSBA kritisch. Frau Nissen-Schmidt verliest den Beschluss des Präsidiums vom 17. September.

Die Sorge einer möglichen Zuschusspflichtigkeit vor dem Hintergrund der bisherigen Drittmittelentwicklung wird vom Ausschuss geteilt. Diese könne sich durch eine Gesellschafterrolle der Handelskammer sogar verstärken. In Teilen wird bedauert, dass das Präsidium bereits vor dem Ausschuss das Gutachten von Beiten Burkhardt erhalten habe. Darüber hinaus wird in Teilen die Auffassung vertreten, dass das Gutachten nicht allein entscheidungsrelevant sein dürfe, sondern ergänzend eine Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung inklusive der Handlungsoptionen auf der Kostenseite erforderlich sei. Es wird vereinzelt der Wunsch geäußert, dass die Prämisse des Präsidiums, keine Zuschussverpflichtung einzugehen, überprüft bzw. konkretisiert werden solle, da eine Trägerschaft immer mit Eventualverpflichtungen einhergehe. Ebenso sei denkbar, verbindliche Parameter festzulegen, auf deren Grundlage eine Übernahme zu einem noch zu definierenden Zeitpunkt erfolgen könne. Es wird in Bezug auf die gewünschte Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung attestiert, dass eine Prognose für die Zukunft immer mit Unsicherheiten behaftet sei. Das Hauptamt weist den Ausschuss auf eine vorliegende Plausibilisierung der Drittmittelpotentiale der HSBA hin, die jedoch in Summe kritisch gesehen werde. Es wird gleichzeitig festgestellt, dass die aktuelle wirtschaftliche Konsolidierung der HSBA gerade bei den Personalkosten in großem Maße auf ein engeres Zusammenarbeiten der HSBA mit der HKBiS zurückzuführen sei. Auch durch weitere Maßnahmen habe die Handelskammer den Konsolidierungskurs der HSBA in den vergangenen 18 Monaten begünstigt. Aufgrund des selbstgesteckten Anspruchs, die wachsende Fachkräftelücke für die Mitglieder zu minimieren und die Auslastung der gemeinsam genutzten Immobilie zu optimieren, sei eine enge Kooperation mit der HSBA weiterhin erklärtes Ziel der Handelskammer.

Diskutiert wird ferner die Frage der Bürgschaft der HSBA über zwei Mio. Euro, die aktuell zeitlich limitiert extern übernommen und für den künftigen Studienbetrieb relevant ist. Die HSBA habe erste Gespräche mit anderen potenziellen Gesellschaftern abgebrochen, nachdem sie im Frühjahr/Sommer 2020 Signale erhalten habe, dass die Handelskammer ein erneutes Engagement prüfen wolle.

Vor dem Hintergrund der bestehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten wird empfohlen, Eile aus der beabsichtigten Transaktion zu nehmen und als ersten Schritt eine enge Kooperation mit der HSBA zu forcieren, um die wirtschaftlichen Risiken für die Handelskammer für eine potenzielle Übernahme weiter zu minimieren. Die Klärung der Bürgschaftsoptionen obliege primär der HSBA.

Herr Stephan Lintzen verlässt die Sitzung um 17:00 Uhr

Herr Wilfried Baur verlässt die Sitzung um 17:50 Uhr

Zu TOP 3: HKBiS gGmbH - Hochrechnung 2021 und Mittelfristplanung

Die Diskussion wird auf die kommende Sitzung vertagt.

Zu TOP 4: Finanzsituation HWWI

Die Diskussion wird auf die kommende Sitzung vertagt.

Zu TOP 5: Wirtschaftsplanung 2022

Herr Ulrich erläutert anhand des vorliegenden Wirtschaftsplans die einzelnen „Key Facts“ im Bereich der Erträge und Aufwendungen für das Jahr 2022. Es ergeben sich Rückfragen nach den Zuschüssen für das HWWI und Lebenslanges Lernen. Die Zuwendung an das HWWI sei bereits im Wirtschaftsplan eingearbeitet und als Einzelposition enthalten. Durch organisatorische Umsetzung in Form von Anstellungsverträgen ab dem 01. Januar 2022 entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 240 T€. Der Umsetzung für die Zuwendung „Lebenslanges Lernen“ ist noch nicht konkret im Plan umgesetzt. Diese befindet sich gerade in der Finalisierung und werde zeitnah eingearbeitet. Hier komme es allerdings lediglich zu einer Verschiebung von Personalkosten/Sachkosten in den Bereich Zuwendungen im sonstigen betrieblichen Aufwand. Der zu erwartenden Zuschuss belaufe sich auf ca. 1,2 Mio. €.

Im Zuge dieser Maßnahmen wird das Hauptamt gebeten in Zukunft entsprechende Personalübersichten zu erstellen. Hier sollen dann hauptsächlich Vollzeitäquivalente nach den einzelnen Gesellschaften nachgehalten werden. Es wurde weiterhin angeregt das Thema „Potential im Personalbereich“ im kommenden Jahr in einer Sitzung des Ausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen. Hier soll geprüft werden, inwieweit Abläufe verbessert werden können, so dass ein größerer Nutzen für die Handelskammer entsteht.

Frau Nissen-Schmidt berichtet, dass man die Unsicherheit der Zinsen weiterhin im Hinterkopf behalten muss, da so gut wie keine Rücklagen mehr vorhanden sind. Hier gilt es weiterhin die Kosten im Blick zu behalten.

Herr Kempa berichtet zum Abschluss noch über die Finanzplanung 2022. Hierzu gibt es keine weiteren Rückfragen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Präsidium und dem Plenum den Beschluss der Wirtschaftsplanung 2022 in vorgelegter Fassung.

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig angenommen.

Frau Nissen-Schmidt schließt die Sitzung des Ausschusses für Finanzen um 18:20 Uhr.


Astrid Nissen-Schmidt
Vorsitzende


Dr. Malte Heyne
Hauptgeschäftsführer